

SVFuA

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) hat der Vorserienversion des SVFuA-Systems (Streitkräftegemeinsame, Verbundfähige Funkausstattung) der Bundeswehr die Zulassungsfähigkeit bis zum Geheimhaltungsgrad GEHEIM bestätigt. Die Zertifizierung nach dem internationalen Software Communi-



cations Architecture Standard (SCA) war im Rahmen der Kundenabnahme vorausgegangen. Die Zulassung wird mit der Serienversion ausgesprochen. Damit liegt eine wesentliche Voraussetzung zur Beschaffung des SVFuA-Systems sowie zur Zulassung bis zum Geheimhaltungsgrad NATO SECRET vor. Rohde & Schwarz war im Jahr 2009 beauftragt worden, als Projektverantwortlicher unter anderem das SVFuA-Grundgerät zu entwickeln und nachzuweisen, dass es zulassungsfähig ist und in Serie gefertigt werden kann.

INHALT

- **Am Wendepunkt**
Hans-Peter Bartels, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages
- **Meine Meinung**
- **Cyber ist eine Querschnittsaufgabe**
Aus dem Heer
- **Die Command Support Brigade des**
Multinational Corps Northeast
- **Aus der Industrie**
- **Für Deutschland. Aus Deutschland.**
- **Aus der Wirtschaft**
- **Rechtliche Expertise ist gefragt**
- **Aus dem FKH**
- **Symposium Ausbildung**
- **Veranstaltungen 2016**

Am Wendepunkt

Hans-Peter Bartels, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages

Mein Amt liegt in der Neustädtischen Kirchstraße in Berlin. Gut hundert Meter sind es von meinem Büro zum Bahnhof Friedrichstraße. Auf dessen Gleisen standen im Herbst 1943 jeden Abend abgedunkelt und abfahrtbereit die Kurierzüge zu den Heeresgruppenkommandos im Osten. In seinem autobiografischen Buch „Die verdammte Pflicht“ schreibt Alexander Stahlberg: „Man musste sich im Dunkel hüten, in den falschen Zug einzusteigen; man könnte bei Leningrad aufwachen anstatt in der Ukraine.“

Wer das heute liest, spürt unmittelbar den Wahnsinn, der diesem ungeheuerlichen Krieg zugrunde lag – und dass das verbrecherische Nazi-Regime beseitigt werden musste. Es waren tapfere Offiziere des Heeres, die den Konflikt zwischen Gehorsam und Recht im Sinne der Radbruchschen Formel aufgelöst haben: Die Soldaten des militärischen Widerstandes haben sich für das Recht und gegen den Gehorsam entschieden. Keinem ist das leicht gefallen. Jeder hat die Entscheidung für sich getroffen, in sich, nach seinem inneren menschlichen Maßstab. Das ist es, weshalb wir von Innerer Führung sprechen. Deshalb gelten alle staatsbürgerlichen Rechte im demokratischen Deutschland uneingeschränkt für jeden Soldaten und jede Soldatin. Deshalb ist die Bundeswehr nicht nur eine Armee in der Demokratie, sondern eine Armee, die selbst nach demokratischen Grundsätzen verfasst ist: mit Beschwerde- und Petitionsrecht, mit Vereinigungsfreiheit und gewählten Personalvertretungen. Deshalb steht im Grundgesetz (Artikel 20, 4) so ein einzigartiger Satz: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Und deshalb gibt es unser Verfassungsprinzip der Par-



Foto: Hiermann J. Müller

lamentenkontrolle und das Amt des Wehrbeauftragten.

Ich schicke das voraus, weil das Amt des Wehrbeauftragten und der Verteidigungsausschuss nach Artikel 45a und 45b des Grundgesetzes die beiden ständigen Institutionen des Bundestages sind, die ausdrücklich der „parlamentarischen Kontrolle“ unserer Streitkräfte dienen – mit unterschiedlichen Rechten und Arbeitsweisen. Ich kenne inzwischen beide gut.

Mancher hat sich gewundert, dass ich als ersten Schwerpunkt meiner Arbeit im neuen Amt die militärische Ausrüstung gewählt habe: Abschied vom sog. „dynamischen Verfügbarkeitsmanagement“ der letzten Bundeswehrreform. Nicht 70 Prozent als Soll-Ausstattung, sondern 100 Prozent! Dabei geht es übrigens auch um einen Abschied von manchen ökonomistischen Illusionen.

Das Thema „Vollausstattung“ ist heute deshalb existenziell, weil sich erstens gerade die Welt verändert und weil zweitens die Attraktivität des Soldatenberufs nicht allein von sozialen Faktoren wie der Höhe der Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenkasse abhängt, sondern eben auch von der Beantwortung einer noch grundlegenderen Frage, nämlich: Findet der Dienst, den der Soldat oder die Soldatin leisten wollte, überhaupt statt? Kann man seinen Job machen, ja oder nein?

Meinen ersten Truppenbesuch als neuer Wehrbeauftragter habe ich 2015 aus guten Gründen beim Panzergrenadierbataillon 371 gemacht, damals Kern des deutschen Gefechtsverbandes für die neue „Speerspitze“ der Nato Response





Seinen ersten Truppenbesuch als neuer Wehrbeauftragter führte Hans-Peter Bartels beim Panzergrenadierbataillon 371 durch.

Force. Dort fehlten alles in allem 15.000 Dinge, um 1.000 Soldaten voll auszurüsten. All das wurde dann tatsächlich doch beschafft, aber durch Kannibalisierung dutzender anderer Verbände des Heeres und der Bundeswehr. Darauf bin ich überall immer wieder angesprochen worden. Ich finde, diese 15.000-fache Fehlanzeige sollte den Wendepunkt markieren: von der Verwaltung des Mangels hin zur Organisation der Vollausrüstung. Man könnte auch einen anderen Wendepunkt definieren. Das war die Verteidigungsausschussitzung vor jetzt anderthalb Jahren, in der das Ministerium erstmals einen Bericht über den Klarstand der Hauptwaffensysteme der Bundeswehr vorlegen musste. Wir als Ausschuss hatten diesen Bericht angefordert. Er war extrem ernüchternd, wie auch der zweite Bericht im Dezember 2015.

In den anschließenden Haushaltsberatungen 2014 gab es dann – von der Öffentlichkeit fast unbemerkt – einen parlamentarischen Paradigmenwechsel: Der Ausschuss forderte die Regierung mit den Stimmen der Großen Koalition auf, die 70-Prozent-Ausrüstung zu überprüfen, die Munitionsvorräte zu überprüfen, mehr GTK Boxer zu beschaffen und einen Nachfolger für den Leopard 2 in Auftrag zu geben. Inzwischen gehen wir, glaube ich, alle in die gleiche Richtung: Parlament, Regierung und Bundeswehr. Aber es ist auch höchste Zeit.

Um das Hauptproblem auf einen einzigen Satz zu bringen: Es ist von allem zu wenig da. Zu wenig Großgerät vom Leo über den Fennek bis zu IT-angebundenen Gefechtsständen. Zum Teil sind die Strukturen gut, aber hohl. Zum

Teil sind die Strukturen selbst zu schmal geworden. Und wie steht es eigentlich um die Verlegefähigkeit? Die Diagnose „zu wenig“ gilt auch bei Peripheriegerät und persönlicher Ausstattung, von Nachsichtgeräten über Ponchos bis hin zu Schutzwesten.

Diese Ausrüstungslücken existieren objektiv. Sie behindern Ausbildung, Übung und Einsatz. Für die glaubwürdige Bereitschaft zur Teilnahme an der kollektiven Verteidigung in Europa genügt keine sog. „Erstausrüstung“ oder „Anfangsausrüstung“, kein 1. Los, keine routinierete Toleranz für Fehlanzeigen.

Wenn die Nato bei den Landstreitkräften mit neun Korps rechnet – und Deutschland hat dieser Kalkulation zugestimmt –, dann sehe ich keine Rechnung, die aufgeht, wenn unser Heer dafür

nur eine Division stellt. Es geht immer um beide Standarddivisionen. Letztlich bedeutet kollektive Verteidigung, dass die gesamte Bundeswehr der Bündnispräsenz Gewicht und Tiefe gibt.

Was fehlt noch? Ich kenne bei Munition und Flugkörperausrüstung nicht alle Zahlen, eher Tendenzen, fast alle problematisch. 150 Luft-Luft-Flugkörper Meteor für unsere demnächst 146 Eurofighter scheinen mir eher eine symbolische Bewaffnung darzustellen – abgesehen davon, dass diese Hauptwaffe des Eurofighters erst demnächst verfügbar sein soll, zwölf Jahre nach Einführung unseres modernen Luftüberlegenheitsjägers in die Bundeswehr. Der Tiger wartet ebenfalls noch auf seine Hauptbewaffnung, acht Jahre nach Einführung dieses Kampfhubschraubers. Wie lange wird es mit MELLs beim Puma dauern? Und stimmen überall die Mengengerüste?

Wenn die Lücken beim Material mittlerweile weitgehend anerkannt sind, jedenfalls abstrakt, gilt das für zwei andere Bereiche noch lange nicht. Ich will sie hier nicht durchdeklinieren, nur andeuten: Es gibt massive Unwuchten beim Personal. Tagesantrittsstärken von 50 bis 60 Prozent sind gewiss in jedem einzelnen Fall gut begründbar: Urlaub, Krankheit, Lehrgang, Einsatz, Elternzeit. Aber wären die Personalstrukturen nicht besser, wenn sie diesen ganz normalen „Schwund“ von vornherein berücksichtigen würden? Sonst machen zu viele Soldatinnen und Soldaten immer wieder im ganz normalen Grundbetrieb die Arbeit für zwei. Das höre ich auf beinahe jedem meiner Truppenbesuche. Mit der Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie treten diese Pro-



Ausrüstungslücken gibt es nicht nur beim Großgerät, sondern auch bei der persönlichen Ausstattung

MEINE MEINUNG

Cyber ist eine Querschnittsaufgabe

Lars Klingbeil MdB

Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Ausschuss Digitale Agenda des Deutschen Bundestages sowie Mitglied des Präsidiums FKH e.V.



Foto: Tobias Koch

Die Digitalisierung kennt nur eine Richtung. Die Vernetzung unserer Gesellschaft über das Internet und digitale Infrastrukturen ist in den vergangenen Jahren immer weiter exponentiell fortgeschritten. Weltweit sind heute weit mehr als zehn Milliarden Endgeräte mit dem Netz verbunden. Diese Vernetzung und die grenzenlosen Kommunikationsmöglichkeiten unserer Gesellschaft werden sich weiter fortsetzen. Mit dem Internet der Dinge werden in Zukunft beinahe alle Gegenstände um uns herum mit dem Internet verbunden sein, Daten erzeugen und Entscheidungen treffen.

Vernetzung und Digitalisierung ist die Grundlage für unseren Wohlstand im 21. Jahrhundert. Immer mehr Vernetzung bedeutet aber auch, dass unsere Gesellschaft verwundbarer wird. Das beginnt im Kleinen mit der Ausspähung von Daten von Nutzern, hat enorme wirtschaftliche Effekte – beispielsweise durch Wirtschaftsspionage und berührt auch immer stärker unsere Verteidigungs- und Sicherheitsarchitektur.

Cyberattacken sind dabei eine logische Folge einer zunehmend internationalisierten und asymmetrischen Bedrohung für unsere Sicherheit. Die Identifizierung des Angreifers wird schwerer. Gleiches gilt für die schwierige Unterscheidung zwischen Auftraggeber und ausführenden Kräften. Angriffe sind häufig nicht als militärischer Akt zu bewerten. Grenzen verschwimmen, etwa zwischen Militär und Geheimdiensten, nicht-staatlichen Akteuren oder Third-Party-Attacken.

Diese Entwicklung sorgt dafür, dass wir viele unserer gelernten und erprobten sicherheitspolitischen Antworten technisch, rechtlich und ethisch hinterfragen müssen. Der Cyberraum bekommt eine immer wichtigere Rolle als eigener Operationsraum, der auf die klassischen Bereiche Luft, Wasser und See ausstrahlt. Es ist richtig, dass die Bundesverteidi-

gungsministerin von der Leyen die Cyber-Verteidigung zu einem Schwerpunkt der laufenden Legislaturperiode gemacht hat. Der Nachholbedarf ist groß – gerade weil die Entwicklung so rasant verläuft.

Wie wir die digitalen Kräfte in der Bundeswehr organisieren müssen:

Als übergeordnete Aufgabe müssen wir beantworten, welche Fähigkeiten die Bundeswehr in einem digitalisierten Umfeld benötigt. Es geht zuallererst um den Schutz einer zunehmend digitalen Organisation Bundeswehr, aber es geht auch um begleitende Fähigkeiten im Einsatz, bei der defensive und offensive Fähigkeiten nicht immer klar abzugrenzen sind. Das Weißbuch muss hier Antworten geben.

Das gilt insbesondere für ungeklärte rechtliche Fragen. Was darf die Bundeswehr im Cyber-Raum? Ob, und wenn ja, wann kann die Bundeswehr Offensivfähigkeiten einsetzen und wie sind diese exakt abzugrenzen? Wie kann der Parlamentsvorbehalt gewährleistet werden?

Auch strukturell wird sich die Bundeswehr an die neuen Herausforderungen anpassen müssen. Mit dem angekündigten Aufbau eines eigenständigen Kommandos für den Cyber- und Informationsraum und einer Bündelung von Kompetenzen im BMVg hat Ministerin von der Leyen einen Schritt in die richtige Richtung vorgegeben. Klar ist, dass der Bereich personell und strukturell weiter aufgewertet werden muss. Dies muss in enger Absprache mit den Teilstreitkräften passieren. Cyber ist eine Querschnittsaufgabe.

Ohnehin ist die größte Aufgabe, ausreichend qualifiziertes Personal für den IT-Bereich zu gewinnen. Das geht nur, wenn zusammen mit dem Innenministerium eine Initiative entwickelt wird. Nicht nur die Bundeswehr, der gesamte öffentliche Dienst muss attraktiver werden für Cyber-Spezialisten. Die Bundeswehr und

der öffentliche Dienst konkurrieren hier mit finanzstarken Konkurrenten um IT-Fachkräfte. Wir können uns nicht erlauben, hochqualifizierte IT-Experten zu verlieren. Deshalb müssen über Zulagen kräftige Anreize geschaffen werden. Wir brauchen einen Dreiklang aus eigener Ausbildung und Anreizsystem, einer besseren Einbindung der Reserve und einer Kooperation mit der Privatwirtschaft. Die Kooperation mit Hochschulen muss dabei deutlich ausgebaut werden. Nur so kann es gelingen, die besten digitalen Köpfe für die Bundeswehr zu binden. Die Digitalisierung sorgt auch dafür, dass sich Innovationszyklen enorm verkürzen. Was heute state of the art ist, kann in drei bis vier Jahren schon wieder völlig überholt sein. Auch der Bedarf für Weiterbildungsangebote und fortlaufende Qualifizierung steigt so für alle Beschäftigten.

Zu wenig diskutiert wird über das Innovationspotenzial der Bundeswehr im Bereich Forschung und Entwicklung. Schon jetzt investiert die Bundeswehr jedes Jahr über eine Milliarde Euro in weiße und grüne IT. Die Bundeswehr muss sich hier ihrer Rolle als Innovations-treiber bewusst werden und ihre Beschaffung entsprechend strategisch ausrichten. Gerade im Bereich der IT-Sicherheit gibt es riesige ungenutzte Potenziale. Es geht auch darum, Startups gezielt zu fördern und dafür Risikokapital bereit zu stellen. Von Ländern wie Israel kann man hier viel lernen. Langfristig können davon die Bundeswehr und der komplette Öffentliche Dienst profitieren.

Die Bundeswehr steht vor einer erneuten tiefgreifenden Weiterentwicklung. Die Digitalisierung der Streitkräfte ist ein notwendiger Prozess, den wir mit Neugier, Überzeugung und Entschlossenheit angehen sollten.

bleme nun noch deutlicher zutage. Das Personalstrukturmodell PSM 185 reicht nicht mehr.

Der dritte Bereich des „Zu wenig“ neben Material und Personal ist die Infrastruktur. Jeder Bundesbürger, den man auf der Straße danach fragte, würde annehmen, dass es für jeden Soldaten und jede Soldatin ein Bett und einen Spind in einer Stube einer Kaserne der Bundeswehr gibt. Gibt es aber nicht. Die Infrastruktur ist über fünf Bundeswehrreformen, die immer auch Reduzierungen waren, längst zu sehr auf Kante genäht. Nichts für Pendler, nichts für Alarmübungen, nichts als Planungsreserve. Auch das zehrt an der Motivation der Menschen in den Streitkräften.

Die Bundeswehrreform von 2011 muss also nachgesteuert werden. Das bedeutet auch, dass man um die entspre-

wehr langsam in den grünen Bereich. Aber möglichst nicht erst in 15 Jahren, sondern besser in den nächsten vier bis fünf Jahren.

Wohlgemerkt, es geht nicht um Aufrüstung, sondern um eine aufgaben- und strukturgerechte Ausrüstung unserer Armee in einer Größenordnung von 185.000 Soldatinnen und Soldaten (oder künftig etwas mehr). Die Weltlage lässt das bequeme Prinzip „Bundeswehr nach Kassenlage“ nicht mehr zu.

Nach so viel Problembewusstsein hier noch ein paar Bemerkungen zu den positiven Veränderungen, die in der Bundeswehr längst laufen: Als Armee im Einsatz – Stichworte: Balkan, Afghanistan, Afrika, Marinemissionen und Flüchtlingshilfe – sind unsere Streitkräfte erprobt, bewährt und anerkannt, im Innern und von Außen. Dazu gehört auch, dass

nicht vom Russland/Ukraine-Konflikt oder vom neuen djihadistischen Eroberungsterror getrieben ist, sondern von einer alten Idee. Sie hat etwas zu tun mit der Stahlberg-Geschichte, die ich am Anfang erzählt habe.

Es ist die Idee eines einigen Europa. Nichts ist einfach. Aber die Idee lebt! Und dass gerade jetzt das deutsche Heer Vorreiter ist bei der Europäisierung unserer Verbände im Grundbetrieb, etwa beim Framework Nation Concept der Nato, finde ich großartig. Multinationalität nicht erst im Out-of-Area-Einsatz oder bei der Reassurance in Osteuropa, sondern schon im Grundbetrieb, im Alltag, jeden Tag – das ist die Vision, aus der jetzt Realität wird.

Alle nationalen Armeen sind kleiner geworden, aber 1,5 Millionen Soldaten hat EU-Europa immer noch, davon sind 1,4 Millionen auch Nato-Soldaten. In 28 EU-Nationen geben wir 190 Milliarden Euro für Verteidigung aus. Viele Soldaten, viel Geld – aber viel zu wenig Effektivität, viel zu wenig Interoperabilität, viel zu wenig echte Integration!

Schon wenn der europäische Teil der Nato nur die Summe seiner Teile wirksam in die Waagschale werfen könnte, wäre das mehr als heute. Wenn aber aus den Teilen nach und nach ein neues funktionsfähiges Ganzes würde: Wie viel stärker wäre Europa, wie viel stärker das transatlantische Bündnis!

Das deutsch-niederländische Heeresprojekt ist ein Labor für echte Integration auf Truppenebene. Polen kann ein prima Partner werden. Mit Frankreich lohnt allemal eine Auffrischung des gemeinsam Machbaren. Ich persönlich glaube, Tschechien könnte in Osteuropa eine Rolle wie im Westen die Niederlande spielen, mit Deutschland als Partner.

Mit all dem Europäisierungsaufwand wird eine ganze Republik an neuen Problemen auf uns zukommen. Innere Führung, Auftragstaktik, Parlamentsvorbehalt ... Ich sehe das auch. Aber verglichen mit all den Problemen vor 70 Jahren oder vor 60 Jahren bei Gründung der Bundeswehr sind das gute Probleme. Wir müssen gar nicht ins Euphemistische ausweichen und von „Herausforderungen“ reden. Nennen wir die Probleme der Europäisierung beim Namen. Denn diese Probleme wollen wir haben! Je besser und schneller wir sie lösen, desto wirksamer können wir den Gefahren und Bedrohungen begegnen, die in unserem „Zeitalter der strategischen Überraschungen“ noch vor uns liegen mögen.

Foto: defensie.nl



Die deutsch-niederländische Partnerschaft ist ein Vorbild für echte Integration von Landstreitkräften auf Truppenebene.

chenden Haushaltsmittel werben muss, etwa für das jetzt angekündigte massive Rüstungsinvestitionsprogramm. Der beschlossene Haushalt für 2016 mit seiner mittelfristigen Finanzplanung trägt dem noch nicht Rechnung.

Zwar steigt der Verteidigungskostenanteil an der gesamten Wirtschaftsleistung Deutschlands von 1,16 Prozent 2015 auf 1,18 Prozent in diesem Jahr. Ein Plus von zwei hundertstel Prozentpunkten! Immerhin. Aber bis 2019 sinkt – mit der aktuell geltenden mittelfristigen Finanzplanung – die BIP-Quote wieder auf 1,07 Prozent, den niedrigsten Wert seit Gründung der Bundeswehr. Wir reden hier nicht vom Nato-Ziel der 2 Prozent oder von den 3,6 Prozent der USA oder den 1,8 Prozent Frankreichs. Wir stehen bei 1,18 Prozent. Mit dauerhaft 1,3 oder 1,4 Prozent, glaube ich, käme die Bundes-

Deutschland nicht in jedem militärpolitischen Mainstream mitgeschwommen ist. Zu klären wäre allerdings noch: Unter welchen Bedingungen sind militärische Interventionen eigentlich erfolgreich? Und wo liegen die Grenzen einer technizistischen Führungs- und Wirkungs-Hybris?

Gut ist: Das Heer muss für den neuen Stellenwert, den die kollektive Verteidigung heute hat, nicht umgliedern. Anders als bei anderen Nationen wurden bei uns Organisationsfehler vermieden.

Auch gut: Die Bundeswehr ist voll in der materiellen Modernisierung – mit allen Kinderkrankheiten, Übergangsschmerzen, Enttäuschungen und Nachbesserungen. Aber wie viel weiter sind wir als viele unserer europäischen Bündnispartner! Und schließlich ist die Bundeswehr Teil eines militärhistorischen Wandels, der

AUS DEM HEER

Die Command Support Brigade des Multinational Corps Northeast

Ein gutes Beispiel für erfolgreiche polnisch-deutsche Kooperation

Oberst i.G. Manfred Kutz, Assistant Chief of Staff J6 HQ MNC NE, und Major Marc Duesmann, Military Assistant to Deputy Commander MNC NE

Auf dem NATO-Gipfel 2014 in Wales wurde beschlossen, den Bereitschaftsgrad des Headquarters (HQ) Multinational Corps Northeast (MNC NE) im Zuge des Readiness Action Plan von dem eines Forces of Lower Readiness (FLR) HQ zu einem High Readiness Forces (HRF) HQ zu erhöhen. Wesentliche Merkmale sind neben einer angepassten Struktur des HQ und einer Erhöhung des Personalumfangs von ca. 200 auf über 400 Dienstposten auch die Aufnahme von Soldatinnen und Soldaten weiterer Nationen. Neben den

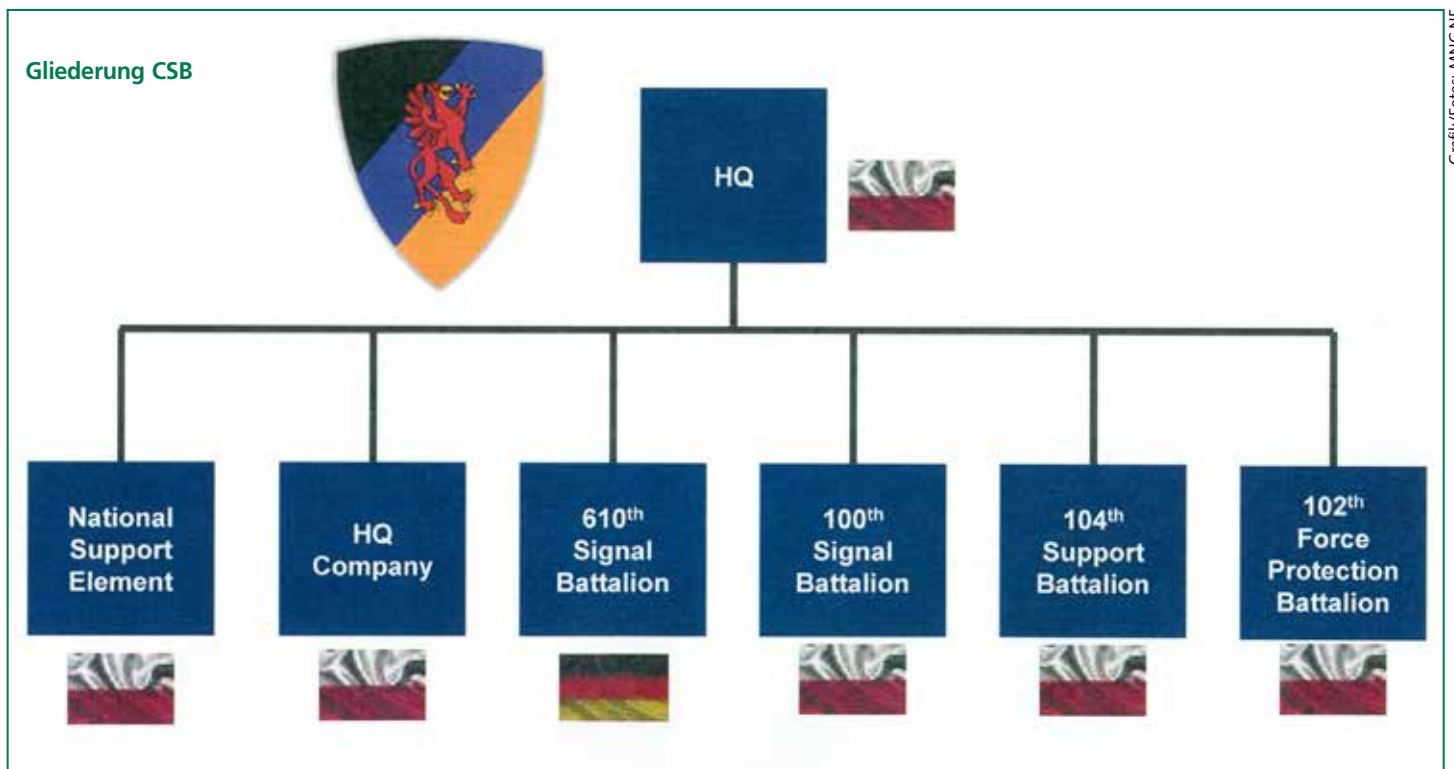
tet. Dies erfordert neben einer robusten Infrastruktur in den Baltic Barracks in Stettin auch eine leistungsfähige Komponente für das Einrichten und das Betreiben der Gefechtsstände des HQ MNC NE mit den hierfür erforderlichen Informations- und Kommunikationssystemen. Für diese Aufgabe ist dem HQ MNC NE die Command Support Brigade (CSB) zugeordnet.

Neben den Aufgaben im allgemeinen Dienstbetrieb in den Baltic Barracks muss die logistische Versorgung und Sicherung der Gefechtsstände des HQ

in Dienst gestellt, der Stab ist in Stargard, ca. 40 km südwestlich von Stettin, stationiert. Die CSB wird durch einen polnischen Oberst geführt. Gegenwärtig werden alle Aufgaben in diesem Stab ausschließlich durch polnische Soldatinnen und Soldaten wahrgenommen.

Gliederung

Dem Kommandeur unterstehen neben dem polnischen „National Support Element“ und der „Headquarters Company“ in Stettin weitere Verbände:



sogenannten „Framework Nations“ Dänemark, Deutschland und Polen, die den größten Personalumfang bereitstellen, sind gegenwärtig weitere 18 Nationen im HQ MNC NE vertreten.

Auftrag

Rolle und Aufgaben des MNC NE sind an den aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen in der Nord-Ost-Region des NATO-Bündnisgebietes ausgerich-

MNC NE sowie die medizinische Versorgung und der Transport der Soldatinnen und Soldaten sichergestellt werden.

Die CSB verfügt bereits „im Frieden“ über einzigartige Fähigkeiten, welche, wenn auch unter anderen Rahmenbedingungen, bei zahlreichen Übungen äußerst eindrucksvoll unter Beweis gestellt wurden. Die CSB wurde offiziell am 1. Juli 2007

- das polnische „100th Signal Battalion“ sowie das polnische „104th Support Battalion“ in Walcz sowie
- das polnische „102nd Force Protection Battalion“ in Stargard.
- Das der 1. PzDiv unterstellte deutsche FmBtl 610 (610th Signal Battalion) ist der CSB für Einsatz und Übungen „assignt“.

Trotz der Dislozierung der einzelnen Verbände und Einheiten sind die Kon-

Grafik/Fotos: MNC NE



Initial Command Element MNC NE

turen der CSB klar erkennbar. Dies wird vor allem dann deutlich, wenn die „Fähigkeiten“ der einzelnen Truppenteile zusammenwirken.

**„610th Signal Battalion“
(Fernmeldebataillon 610)**

Das in Prenzlau stationierte Fernmeldebataillon 610 ist für das Einrichten und das Betreiben der Gefechtsstände verantwortlich. Das schließt den Aufbau von Zelten und das Bereitstellen von REMUS-Kabinen (Gefechtsstandkabinen) ein. Weitere Aufgaben sind das Herstellen von verlegefähigen IT-Netzwerken und die Bereitstellung einer Vielzahl von sogenannten „Functional Services“ wie Microsoft Outlook, SharePoint, JOCWatch, JChat, VTC etc. In verschiedenen Informationsdomänen verfügt der Verband über eine äußerst moderne IT-Ausstattung, die anteilig durch das deutsche Heer bereitgestellt wird. Durch die „Framework Nations“ werden weitere IT-Komponenten finanziert, um innerhalb der NATO kompatibel und interoperabel zu sein.

„100th Signal Battalion“

Mit dem „100th Signal Battalion“ verfügt die CSB über einen Verband, der mit modernen, leistungsfähigen Komponenten in der Lage ist, die Kommunikation zu und zwischen den einzelnen Gefechtsständen des MNC NE sicherzustellen. Hierzu verfügt das Bataillon über moderne Satellitenkommunikationsanlagen und über ein „Tactical Area Communications System“ (TACS). Dies

basiert auf modernster Richtfunk- und Vermittlungstechnik. Zusätzlich ist das „100th Signal Battalion“ in der Lage, mit den sogenannten „Core CIS Elements“ die Anbindung von Divisionen, Brigaden und noch weiterer, unmittelbar dem MNC NE unterstellter Verbände zu gewährleisten.

„104th Support Battalion“

Das in Wałcz stationierte „104th Support Battalion“ erbringt die „Dienstleistungen“ für das HQ MNC NE, die bei Übungen und im Einsatz unabdingbar sind. Dieser Verband ist in der Lage, mit Feldküchen und Feldkantinen mehr als 400 Menschen gleichzeitig zu ver-



Satellitenkommunikationsanlage

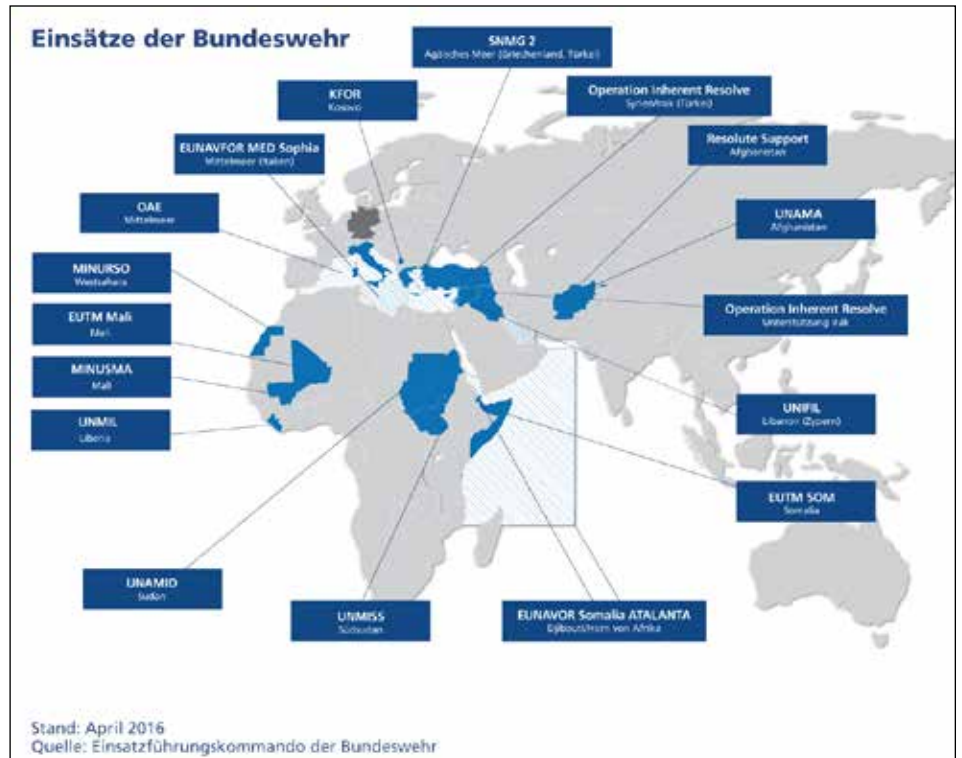
pflegen und die Unterbringung des auf den Gefechtsständen eingesetzten Personals des HQ MNC NE auf hohem Standard zu ermöglichen. Dies schließt auch den Transport der Soldatinnen und Soldaten des HQ MNC NE zu und von den Gefechtsständen ein. Neben einer Feldwäscherei verfügt das „104th Support Battalion“ auch über zahlreiche „Spezialgeräte“ zum Verladen und Verlasten von unterschiedlichem Material bei Übungen und im Einsatz.

„102nd Force Protection Battalion“

Schutz von Einrichtungen sowie Sicherung der verschiedenen Gefechtsstände des HQ MNC NE ist der Auftrag des „102nd Force Protection Battalion“. Dieser Verband war bis Ende 2015, bis auf einen jeweiligen Nukleus im Stab sowie in den Kompanien, nicht aktiv aufgestellt. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen und nicht zuletzt aufgrund des HRF-Status für das HQ MNC NE entschied Polen im Jahr 2015, mit Beginn 2016 das „102nd Force Protection Battalion“ mit einem Personalumfang von ca. 800 Soldatinnen und Soldaten aktiv zu stellen. Damit verfügt das HQ MNC NE über einen Verband, der auch mit kurzer Vorwarn- und Vorbereitungszeit über Fähigkeiten im Bereich des Pionierwesens und der Flug- sowie ABC-Abwehr verfügt.

Weiterentwicklung

Mit den Fähigkeiten der CSB ist das HQ MNC NE in der Lage, die ihm zugewiesenen Aufträge in der vorgegebenen Reaktionszeit zu erfüllen. Ein Garant dafür ist einerseits die enge Zusammenarbeit der CSB mit dem HQ MNC NE. Andererseits hat sich aber auch das „610th Signal Battalion“ bei einer Vielzahl an Übungen um eine effektive wie effiziente Zusammenarbeit verdient gemacht. Hier wird deutlich, wie sich die polnisch-deutsche Kooperation vor dem Hintergrund aktueller sicherheitspolitischer Veränderungen weiterentwickelt und bewährt hat. Die Integration der Soldatinnen und Soldaten in diesen Verbund ist gelungen, und zusätzliche Schritte auf dem weiteren gemeinsamen Weg werden folgen. Es kommt jetzt darauf an, die CSB auf dem Weg zu HRF eng zu begleiten. Die hierfür erforderlichen konzeptionellen Grundlagen sind gelegt und werden schon jetzt im täglichen Dienstbetrieb in allen Funktionen und auf allen Ebe-



nen umgesetzt und angewendet. Ein weiterer Schritt im Sinne einer tieferen Kooperation ist zweifelsohne die Multinationalisierung des Stabes der CSB. Von polnischer Seite liegen bereits erste Modelle vor, welche eine nicht unerhebliche Anzahl an multinationa-

len Dienstposten vorsehen. Neben der schon bestehenden Einbindung des FmBtl 610 in diesen Verband könnte mit einer deutschen Beteiligung im Stab der CSB ein weiteres Zeichen im Sinne der polnisch-deutschen Kooperation gesetzt werden.

Das Heer und der FKH bei der ILA 2016

Die ILA findet vom 1. bis 4. Juni 2016 in Berlin-Schönefeld statt. Die beiden ersten Tage sind den Fachbesuchern vorbehalten. Am 3. und 4. Juni ist die Messe auch der Öffentlichkeit zugänglich.

Das Heer wird mit folgenden Themen/Waffensystemen beteiligt sein: Kampfhubschrauber Tiger, NH90, EC 135, Bo 105 und UH-1D SAR bei den bemannten Systemen sowie mit MIKADO, LUNA, KZO und ALADIN bei den unbemannten Systemen.

Der Inspekteur des Deutschen Heeres, Generalleutnant Jörg Vollmer, wird am 1. Juni 2016 im Conference Center einen Empfang für geladene Gäste geben.

In der Halle 3 (Heli-Lounge) sind am 1. und 2. Juni Panel-Veranstaltungen geplant. In diesem Rahmen wird der Präsident des FKH e.V., Generalleutnant a.D. Roland Kather, am 1. Juni um 16.00 Uhr und am 2. Juni um 14.30 Uhr unter dem Thema „Der Förderkreis des Deutschen Heeres im Spannungsfeld zwischen Politik, Bundeswehr und Industrie“ über die Ziele und das Wirken des Vereins in einer Präsentation (einschließlich Fragen und Diskussion) informieren.

In weiteren Panels werden folgende Themen behandelt:

- Up to the Limits – Luftbeweglichkeit von Landstreitkräften – Möglichkeiten und Grenzen
- „STF“ – eine Fähigkeit, die nur Joint & Combined zur vollen Wirkung kommt! Sind Deutsche Streitkräfte dafür bereit?
- Erwartungen von Spezialkräften an die Luftbeweglichkeit von Landstreitkräften
- High Tech am blauen Himmel – Manned-Unmanned Teaming (MUM-T) im Einsatz

Detaillierte Informationen sind auf der Website des FKH (www.fkhev.de) unter der Rubrik „Veranstaltungen“ verfügbar.

Allgemeine Hinweise zur Berlin Air Show finden Sie unter www.ila-berlin.de.

AUS DER INDUSTRIE

Für Deutschland. Aus Deutschland.

Lutz Kampmann, Senior Vice President Marketing & Sales RUAG Defence & Geschäftsführer RUAG Defence Deutschland GmbH

Der internationale Technologiekonzern RUAG verfügt zu Land, in der Luft und im Weltraum über herausragende Kompetenzen. Im Bereich Land ist die Division Defence der RUAG strategischer Technologiepartner einer Vielzahl von Systemhäusern, Landstreitkräften und Sicherheitskräften. Als kompetenter Partner der Bundeswehr



und der deutschen Polizei bietet die RUAG Defence umfassende Lösungen bezüglich Maintenance, Repair und Overhaul (MRO), Schutz für gepanzerte Fahrzeuge, Live-Simulation und Kommunikationssysteme. Darüber hinaus erarbeitet die Division innovative Upgrades und trägt damit dazu bei, die bestehenden Systeme ihrer Kunden kontinuierlich zu optimieren. In Deutschland ist die RUAG an sieben Standorten Wedel, Kassel, Lichtenau, Fürth, Hallbergmoos, Sulzbach-Rosenberg und Oberpfaffenhofen mit Entwicklungs- und Produktionsstandorten vertreten. Sie beschäftigt dort rund 2.300 Mitarbeitende, Tendenz steigend. Somit ist Deutschland der wichtigste internationale Markt.

Die globale Sicherheitslage hat sich in jüngster Zeit drastisch gewandelt. Waren die Einsätze bislang im Wesentlichen auf den Bereich außerhalb des Bündnis-

gebietes konzentriert, so ist aktuell der Ausbau der Fähigkeiten für die Landes- und Bündnisverteidigung gleichermaßen in den Vordergrund gerückt. Hierzu muss die wehrtechnische Industrie in der Lage sein, flexibel den Streitkräften mit entsprechenden Lösungen und dem

richtigen Know-how zur Seite zu stehen. Denn nur so kann sie einen entscheidenden Beitrag leisten, um aktuellen und künftigen Bedrohungen adäquat zu begegnen. Als progressiver Technologiekonzern denkt die RUAG bereits heute an die Herausforderungen von morgen und unterstützt Armeen, Streifkräfte sowie Organisationen aus dem Bereich Rettung und Sicherheit bei der Erfüllung ihrer Missionen.

Hohe Verfügbarkeit, kurze Durchlaufzeiten

Schwere Waffensysteme müssen sich unter widrigsten Umständen und extremen klimatischen Bedingungen bewähren. Wegen ihrer Leistungsstärke sind diese Systeme einer hohen Abnutzung ausgesetzt. Um sicherzustellen, dass das Gerät jederzeit einsatzbereit ist und zuverlässig funktioniert, muss

es regelmäßig gewartet und nötigenfalls instandgesetzt werden. Als einziger Anbieter auf dem gesamten Markt ist die RUAG in der Lage, alle Komponenten für den Kampfpanzer Leopard 2 A4 an einem Standort zu prüfen, instand zu setzen und zu unterhalten. Falls gewünscht, führt sie MRO-Arbeiten auch direkt vor Ort bei den Kunden durch.

Mit industriellen Partnern in Deutschland entwickelt, produziert und liefert die RUAG als systembetreuendes Unternehmen des Leopard 2 Produktverbesserungen, Upgrades sowie neue Fahrzeugvarianten der Leopard-Familie. Die RUAG hat im Bereich der System- und Baugruppeninstandsetzung des Leopard 2 sowie anderer Systeme für die Heeresinstandsetzungslogistik GmbH (HIL) mit mittelständischen Partnern eine solide Basis geschaffen. Damit generiert die RUAG deutsche Wertschöpfung und trägt dazu bei, den zukünftigen nationalen und internationalen Bedarf an industriellen Instandhaltungsleistungen zu decken.

Neben den Leopard-Plattformen hat sich die RUAG hinsichtlich MRO auch auf das Artilleriesystem Typ M109 und den Schützenpanzer CV 9030 spezialisiert. Sämtliche Komponenten aus den Bereichen Elektronik/Elektrik, Optik/Optronik, Hydraulik, Mechanik und Thermodynamik können repariert, getestet und unterhalten werden.

Damit die Kunden so rasch wie möglich wieder über ihre Systeme verfügen können, kommen optimierte Prozesse und eine computergesteuerte Lagerbewirtschaftung zur Anwendung. Es werden zudem ausschließlich Ersatzteile des Originalherstellers verwendet.

Modulare und polyvalente Schutzsysteme für unterschiedlichste Bedrohungsarten

Mit dem Wandel bewaffneter Konflikte geht auch ein verändertes Sicherheitsbedürfnis der Streitkräfte einher. Deshalb hat der Bedarf an spezifischen Schutzmassnahmen für gepanzerte Fahrzeuge deutlich zugenommen und muss insbesondere auch einer hybriden Art von Kriegsführung gerecht werden. Dabei konkurriert der Schutz stets mit Gewicht



Schwere Waffensysteme müssen sich unter widrigsten Umständen bewähren. Die MRO-Services der RUAG stellen sicher, dass die Systeme fachgerecht gewartet werden und voll funktionsfähig sind.

Fotos: RUAG

und Mobilität – dieses gilt es durch innovative und modulare Lösungskonzepte in Einklang zu bringen.

Die RUAG befasst sich intensiv mit der Entwicklung und Herstellung polyvalenter und modularer Schutzsysteme für gepanzerte Fahrzeuge. Dank der jahrzehntelangen Erfahrung im Bereich Munition und Wirkung von Waffen, der fachlichen Kompetenz der Forschungs- und Entwicklungsabteilung und der engen Zusammenarbeit mit den Kunden, war es der RUAG möglich, neuartige und innovative Lösungen zu entwickeln. Die RUAG bietet Dachschutz-Systeme (RoofPRO), Seitenschutz-Systeme (SidePRO) und Minenschutz-Systeme (MinePRO). Das modulare Portfolio verfolgt damit einen 360°-Ansatz – vom Unterboden über die Seiten bis hin zum Dach.

Für die Bundeswehr konnte die RUAG mit dem System MinePRO den Minenschutz für den GTK Boxer, SPz Marder 1A5 oder den KPz Leopard 2A5 realisieren. Ausserdem wurde eine Studie für das Allschutz-Transport-Fahrzeug Dingo 2 erarbeitet. Mit RoofPRO schützt die RUAG das Dach der Panzerhaubitze 2000 – nicht nur in Deutschland, sondern auch in Griechenland, Italien und den Niederlanden – ebenso des SPz Puma oder des GTK Boxer.

Realistische und hochmobile Simulation für Soldaten und Polizisten

Um optimal auf den scharfen Schuss und den Gefechtseinsatz in allen Regionen vorbereitet zu sein, muss die Ausbildung und Inübnung der Soldaten so einsatznah wie möglich gestaltet werden. Hier gilt der Grundsatz: „Train as you fight!“.

Die RUAG entwickelt interoperable Simulationsanlagen für Live- oder virtuelles Training, die ganz den sich stetig verändernden Anforderungen von Streitkräften entsprechen. Flexible Funktionen, multicodefähige Laser und eine breite Palette an zusätzlichem Equipment ermöglichen ein realistisches Training aller Missionen – von der individuellen Ausbildung über Teamtraining bis hin zur Ausbildung ganzer Einheiten. Die RUAG bietet mobile Lösungen für das Training im offenen und im MOUT-Bereich, inklusive Wartungsservice und Software-Upgrades.

Schon heute verwendet das Gefechtsübungszentrum Heer (GÜZ) Schlüsselkomponenten der Kommunikation, die von RUAG entwickelt wurden und das erste Counter-IED (C-IED) Livetrainings-

system. Ein großer Vorteil dieser Lösung ist die hohe Mobilität, da sich alle Komponenten schnell und einfach an jedem Ort installieren lassen. Außerdem gestaltet die eingesetzte Pyrotechnik die Situation real und einsatznah.

In Zukunft soll das gesamte Simulationssystem mobiler werden, um in der Truppe im täglichen Ausbildungsbetrieb genutzt zu werden. Waffen- und Körperausstattung sind identisch, jedoch ermöglicht die mobile CTC-Kommunikationslösung der RUAG den Truppen einen Einsatz an jedem beliebigen Ort. Die RUAG bietet diesbezüglich eine tragbare sowie fahrzeuggestützte Lösung



Train as you fight! Die Simulationssysteme der RUAG sind hochmobil und erlauben dadurch das Training aktueller und zukünftiger Bedrohungsszenarien.

mit einem Radius von 5 km, mit automatischer Vermaschung einzelner Stationen und mobilem Auswertesystem.

Um die Entwicklung, Qualität und Instandsetzung der Laser und der Pyrotechnik sicherzustellen, betreibt die RUAG in Wedel bei Hamburg ein eigenes Kompetenzzentrum für Laser-Technologien und Pyrotechnik, das Schlüsselkunden in Deutschland, Frankreich und der Schweiz seit Jahren zuverlässig beliefert. Darüber hinaus bietet die RUAG mit SIT-TAL einen Simulator für die grundlegende Schießausbildung von Handwaffen sowie die taktische Kommunikation auf Gruppenebene an. Dieser Simulator wird

von der französischen Armee genutzt. Im arabischen Raum sind 25 virtuelle Simulatoren von unterschiedlichen militärischen Fahrzeugen im Einsatz, die auch im Verbund eingesetzt werden können.

Interoperable Kommunikation und Cyber-Security

Grundvoraussetzung jeder missionskritischen Kommunikation im Einsatzraum ist eine flexible und zuverlässige Infrastruktur zur taktischen Kommunikation. Hierbei ist die fehlerlose Koordination zwischen ortsfesten und mobilen Gefechtsständen sowie mobilen Elementen und deren Equipment sicherzustellen. Die RUAG ARANEA Communication Solution verwendet modernste IP-Technologie, um einfache Analoggeräte mit digitalen Systemen zu verbinden. Zudem können Kunden mit dieser benutzerfreundlichen Lösung Schmal- und Breitband-Kommunikationstechnologien (Sprache, Daten und Video) in ihre heterogenen taktischen Netzwerke integrieren und sicher darin betreiben. Dies senkt Beschaffungs-, Migrations- und Betriebskosten. Damit ist diese Technologie geeignet, die Übergangsprobleme betreffend die zukünftige digitale Kommunikation zu lösen.

Ebenfalls zum RUAG-Portfolio gehören hochmoderne Cyber-Security-Lösungen. RUAG Cyber Security befähigt

mit innovativ entwickelten IT-, Consulting- und Trainingslösungen Mitarbeitende und IT-Spezialisten aus Regierungen, Institutionen, Mittelstandsunternehmen und Konzernen. Damit ist die RUAG ein anerkannter Sicherheitsexperte für Prevention, Detection und Response von Cyberangriffen.

Alles aus einer Hand

Der Name RUAG steht für Technologiekompetenz auf allerhöchstem Niveau. Hohe Qualitätsstandards, fundiertes Know-how und einzigartige Gesamtlösungen machen das Unternehmen zu einem kompetenten Full-Service-Partner. Die RUAG denkt bereits heute an die Herausforderungen von morgen, um auch künftig den hohen Ansprüchen ihrer Kunden auf der ganzen Welt vollumfänglich gerecht zu werden.

Rechtliche Expertise ist gefragt

Rechtsanwalt Dr. Robert Glawe, Major d.R., KPMG Law, Berlin

Die Kundenbeziehung zwischen dem Verteidigungsressort und der wehrtechnischen Industrie gewinnt an rechtlicher Dimension. Neben den angestammten Regelungen der vertraglichen Beziehung, die sich insbesondere auf den Beschaffungsgegenstand selbst beziehen, werden zunehmend die öffentlich-rechtlichen Verfahrensbestimmungen – also das Wie der Beschaffung – bedeutsamer. Der Stellenwert des Vergaberechts im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich wird größer denn je.



Foto: Autor

Während andere Branchen bereits seit Jahren nicht nur im Wettbewerb um staatliche Aufträge, sondern auch vor der administrativen Herausforderung aufwendiger Vergabeverfahren stehen, herrschte im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich lange ein sehr weites Verständnis der europarechtlichen Ausnahmenvorschriften zum Schutz nationaler Sicherheitsinteressen. Der große Freiraum bei der Anwendung von Artikel 346 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), den sich nahezu alle Mitgliedsstaaten selbst eingeräumt hatten, lässt sich angesichts der restriktiven Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes jedoch nicht länger aufrechterhalten. Das „EU Defence Package“ von 2009 mit der Verteidigungsrichtlinie 2009/81/EG, deren Umsetzung in die nationale „Vergabeverordnung Verteidigung und Sicherheit“ (VSVgV) sowie die Initiativen der EU-Kommission im Kontext der „European Defence Technological and Industrial Base“ (EDTIB) verfolgen ebenfalls wettbewerbliche Ziele.

Deutschland übernimmt nun eine Vorreiterrolle bei der Etablierung EU-vergaberechtlicher Standards in großvolumigen Rüstungsbeschaffungen. Mit der neuen Schiffsserie „Mehrzweckkampfschiff 180“ wurde erstmals ein längerfristiges und milliarden schweres Rüstungsprojekt nach Maßgabe der VSVgV

ausgeschrieben. Die Entscheidung, gerade an einem solchen Projekt die neuen Standards zu erproben, erfolgte offenbar entlang einer engen Abgrenzung zuvor definierter „Schlüsseltechnologien“ zu sonstigen Industrieleistungen. Inwieweit die engen Ausnahmen von Art. 346 AEUV eine Abgrenzung mittels Ressortvereinbarungen tragen, werden

mitunter wieder (Luxemburger) Gerichte klären müssen. Jedenfalls muss sich der Bund nicht vorwerfen lassen, es sich mit der „Erprobung“ einer großvolumigen VSVgV-Vergabe ausgerechnet in diesem Projekt besonders leicht gemacht zu haben, zumal sich der europäische Markt im Überwasserschiffbau sehr unterschiedlich darstellt. Bereits die rechtssichere Wertung der angebotenen Leistung in Bezug auf den Preis und die Qualität erscheint angesichts der notwendigen Differenzierung bei der staatlichen Alimentierung der Bieter (etwa durch günstige Darlehens- und Bürgschaftskonditionen, Ausfallsicherheiten, Beschäftigungs- und Preisgarantien) nicht trivial.

In einem solchen „Musterverfahren“ sind daher der öffentliche Auftraggeber und die gesamte Branche – also die (potentiellen) Bieter und ihre Branchenverbände – gemeinsam gefordert. Für alle Verfahrensbeteiligten besteht nämlich gleichermaßen die Herausforderung, ein komplexes und ihnen nicht bereits aus langjähriger Anwendung vertrautes Verfahrensrecht rechtssicher anzuwenden. Die Beachtung von Verfahrensvorschriften des Vergaberechts ist kein Selbstzweck, sondern dient der wirtschaftlichen Beschaffung entlang der drei Dimensionen Leistungsumfang, Preis- und Zeitrahmen. Diesen Dimensionen müssen sich Auftraggeber und Auftragnehmer gleichermaßen verpflichtet sehen, um die benötigten Fähigkeiten den Streitkräften rechtzeitig zur Ver-

fügung zu stellen. Unter rechtlichen Gesichtspunkten geht es jedoch noch um viel mehr – nämlich um die Akzeptanz des EU-Vergaberechtsregimes als zukünftiger Beschaffungsstandard im Rüstungsbereich.

Der öffentliche Auftraggeber, die Industrie und die Verbände sind daher gut beraten, sich unabhängig von einem konkreten Vergabeverfahren mit rechtlicher Expertise zu präparieren und rechtssichere Standards insbesondere zu folgenden zentralen Aspekten eines EU-Vergabeverfahrens zu entwickeln:

- Wahl der Verfahrensart
- Gewährleistung von Immaterialgüterrechten (Know-how-Schutz),
- Umgang mit der Projektantenproblematik,
- Aufrechterhaltung von Wettbewerb und Vermeidung von Monopol-situationen.

Wahl der Verfahrensart

Der Auftraggeber hat die Wahl zwischen nunmehr fünf Verfahrensarten (§ 119 Abs. 1 GWB 2016), von denen drei auch im Bereich der VSVgV anwendbar sind. Zur Beschaffung neuartiger und komplexer Produkte ist insbesondere der „Wettbewerbliche Dialog“ vorgesehen (§ 13 VSVgV). Er setzt voraus, dass es dem Auftraggeber nicht möglich ist, seine technischen Ziele bzw. Bedürfnisse oder seine rechtlichen bzw. finanziellen Bedingungen zu Beginn des Verfahrens überhaupt zu beschreiben. Zur Konkretisierung dieser Ziele, Bedürfnisse oder Bedingungen tritt der Auftraggeber in einen Dialog mit interessierten Marktteilnehmern, in dessen Rahmen mehrere verschiedene Lösungen entwickelt und abgeschichtet werden können. In Bezug auf die Rüstungsbeschaffung bedeutet dies, dass das Vergabeverfahren bereits nach Billigung der „FFF“ beginnt und bis zum Zuschlag in der Realisierungsphase läuft; hierdurch sind Analysephase Teil 2 und Realisierungsphase stärker verzahnt als in anderen Vergabeverfahrensarten (vgl. CPM (nov.), Ziffer 5.4).

Idealerweise würde die Klaviatur der Verfahrensarten zukünftig auch im VSVgV-Bereich durch die „Innovati-

onspartnerschaft“ ergänzt werden. Sie ist im April 2016 in das allgemeine Vergaberecht (§§ 119 Abs. 7 GWB, 19 VgV) – nicht jedoch in die VSVgV – aufgenommen worden und für die Beschaffung innovativer Produkte oder Leistungen vorgesehen, die noch nicht auf dem Markt verfügbar sind, also in der ersten Phase vornehmlich Forschungs- oder Entwicklungstätigkeiten beinhalten. Sie stellt sich dar als eine Kombination aus dem vergaberechtlichen Verhandlungsverfahren und originär zivilrechtlichen Festlegungen für die Vertragsgestaltung, die – z.B. durch eine Kaskadierung mittels „Meilensteinen“ – den besonderen Risiken und Unwägbarkeiten bei zum Zeitpunkt der Vergabeentscheidung noch nicht erfundenen Produkten Rechnung trägt („Zwei-Phasen-Modell“). Ein erneutes Vergabeverfahren über den Erwerb der Dienst-, Liefer- oder Bauleistung wird dann entbehrlich. Der wettbewerbliche Dialog betrifft demgegenüber bereits marktverfügbare Lösungen, denen lediglich die Beschreibbarkeit fehlt.

Gewährleistung von Immaterialgüterrechten

Die Akzeptanz von innovativen Beschaffungsverfahren hängt maßgeblich davon ab, inwieweit die Bieter einen angemessenen Schutz für die Einbrin-

gung ihres Know-hows vorfinden. Aus Furcht vor einem niedrigen Schutzniveau und dem Risiko der Weiterverbreitung an Dritte erfolgt dies bisweilen nur zögerlich; die bisherige Nichtanwendung des Wettbewerblichen Dialogs dürfte ihren Grund (auch) darin haben. Hier können Verbesserungsinitiativen auch und gerade von den betroffenen Unternehmen und Branchenverbänden ausgehen. Die Kombination vergaberechtlicher Expertise mit fachkundiger Beratung zum Schutz von Know-how und Patenten ermöglicht innovative Ansätze, die nicht zwangsläufig auftraggeberseitig initiiert werden müssen.

Umgang mit der Projektantenproblematik

Ähnlich gelagert ist die sogenannte Projektantenproblematik, d.h. die Frage, inwieweit einem vorbefassten Unternehmen ein unlauterer Wettbewerbsvorteil in der folgenden Ausschreibung zukäme. Leider sind Rechtsprechung und Vergabepaxis dazu uneinheitlich entwickelt, sodass selbst öffentliche Auftraggeber immer wieder verunsichert im (notwendigen) Umgang mit Projektanten sind. Daher besteht die Gefahr, dass vorberatende Unternehmen Verfahrensnachteile erleiden aus Furcht davor, dass ihr Vorsprung

nicht mehr ausgeglichen werden kann. Bei der Kompensation des Wissensvorsprungs ist daher der Projektant in besonderem Maße gefordert. Unternehmen sollten hier frühzeitig Rechtsrat einholen, wie damit ohne Ausschluss des Projektanten, aber auch ohne übermäßige Preisgabe von eigenem Know-how umgegangen werden kann.

Aufrechterhaltung von Wettbewerb und Vermeidung von Monopolsituationen

Einem Vergabeverfahren kommt überdies die wichtige Bedeutung zu, monopolistische Strukturen verhindern zu helfen. Dies kann etwa durch Loseilung oder durch eine gestaffelte Ausschreibung erfolgen, wenn für einzelne Beschaffungselemente nur ein Unternehmen in Betracht kommt. Ein umfassender Rechteerwerb kann ferner bei einer Nachfolgebeschaffung Wettbewerb ermöglichen.

Rechtsberatung im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich ist daher ein Feld für Spezialisten, erfordert jedoch auch den ganzheitlichen Beratungsansatz aus einer Hand (Vergabe- und Vertragsrecht, IP-Schutz, Kartell- und Beihilfenrecht sowie ferner Exportregulierung) und kann bei frühzeitiger Einbeziehung auch einen wertvollen Beitrag in der Rolle eines Intermediärs leisten.



Foto: EuGH

Die restriktive Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes hat die einst weit verstandenen Freiräume bei der Anwendung von Artikel 346 AEUV deutlich eingeschränkt.

AUS DEM FKH

Symposium Ausbildung

Das Symposium Ausbildung mit der wichtigen Ergänzung „Kernelement der internationalen Kooperation und aller Fähigkeitsdomänen“ wurde mit beispielhafter Unterstützung durch das Ausbildungskommando in Leipzig in der General-Olbricht-Kaserne Anfang April 2016 durchgeführt. Generalmajor Walter Spindler, Kommandeur des Ausbildungskommandos, als Gastgeber, und Generalleutnant a. D. Roland Kather, Präsident des FKH, konnten gut 100 Teilnehmer zu dieser Veranstaltung begrüßen.

In seiner Einführung machte der Präsident des FKH u.a. deutlich, dass bei Betrachtung des Dreiecks aus Führung, Ausrüstung und Ausbildung jede dieser Komponenten nur mit einer starken Ausprägung aller Bereiche ein geschlossenes Fähigkeitsprofil ergebe. Er verwies auch darauf, dass dieses Symposium mit dem Schwerpunkt Ausbildung eine konsequente Fortsetzung vorangegangener Veranstaltungen des FKH wie z.B. im Oktober 2015 zur Fähigkeitsdomäne „Wirkung“ sei.

Der Kommandeur des Ausbildungskommandos zeigte bei der Vorstellung seines großen Verantwortungsbereichs mit zwölf truppendienstlich unterstellten Ausbildungseinrichtungen die Ziele einer professionellen, wertegebundenen, attraktiven und einsatzorientierten Ausbildung auf. Er hob hervor, dass dies nur mit modernem, funktionsfähigem und verfügbarem Gerät erfolgen könne.

Der Leitgedanke des Ausbildungskommandos „Wir im Heer – Ausbildung mit Leidenschaft“ wurde nicht nur durch ihn, sondern auch durch die dem Ausbildungskommando unterstellten Ausbildungseinrichtungen prägnant verdeutlicht. Hierzu trugen die Kommandeure des Ausbildungszentrums Munster und des Internationalen Hubschrauberausbildungszentrums sowie der Leiter des Gefechtsübungszentrums Heer persönlich vor. Die internationale Kooperation ist in diesen Ausbildungseinrichtungen von deren Anlage her unterschiedlich ausgeprägt. Schon im Namen zum Ausdruck gebracht und mit Blick auf die Charakteristik der Ausbildung mit fliegendem Material naheliegend, ist die internationale Kooperation im Internationalen Hubschrauberausbildungszentrum am stärksten ausgeprägt. Aber auch in allen anderen Ausbildungszentren ist die internationale Kooperation eine von der Ausbildung nicht mehr zu trennende Forderung.

Den Mehrwert der internationalen Kooperation stellte der Abteilungsleiter G 3 der Division Schnelle Kräfte am Beispiel der Unterstellung der 11. Niederländischen Luftmobile Brigade (LMB) vor. Dabei wurden Chancen, aber auch Lücken und Probleme im Bereich der Ausbildung aufgezeigt. Diese Thematik ergänzte der Kommandeur der 11. LMB anschaulich mit

Beispielen der vielfältigen Vorteile dieser Kooperation. Er zeigte aber auch die Herausforderungen und die Komplexität sowie den erforderlichen Zeithorizont bis zur vollständigen Zielerreichung auf.

Alle Bereiche der Ausbildung im Rahmen internationaler Kooperation sind fester Bestandteil der Konzeptionellen Grundlagen, die vom zuständigen Referatsleiter im Kommando Heer vorgetragen und erläutert wurden. Ergänzend dazu stellte das Amt für Heeresentwicklung die Ziele und bisherigen Ergebnisse vor, um den Anteil „Ausbildung“ in den ganzheitlichen Ansatz der Heeresentwicklung einzubinden.

Die Vielfalt an Schnittstellen einer internationalen Kooperation im Bereich der Ausbildung gerade bei komplexem Gerät, die – wo immer möglich – zu standardisieren sind, wurde im Beitrag des Bundesamtes für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr deutlich herausgearbeitet.

In zehn Beiträgen zeigte die wehrtechnische Industrie Lösungsmöglichkeiten zur Unterstützung und Durchführung von Ausbildung auch in internationaler Kooperation unter der Zielsetzung „Train as you operate“ auf. Dabei wurden neben Ausbildungsgeräten und Simulatoren auch Unterstützungsmaßnahmen zur Ausbildungsdurchführung mit Qualifizierung von Personal vorgestellt.

IMPRESSUM

Herausgeber: Förderkreis Deutsches Heer e.V.,
Büro Bonn: Adenauerallee 15, 53111 Bonn,
Tel.: (0228) 261071, Fax (0228) 261078.
Büro Berlin: Unter den Linden 21,
10117 Berlin,
Tel.: (030) 20165623
E-Mail: fkhev@t-online.de,
Web: www.fkhev.de

Mit der Herausgabe beauftragt:

Mittler Report Verlag GmbH, Bonn
Ein Unternehmen der Gruppe TAMM MEDIA
Chefredakteur: Dr. Peter Boßdorf
Redaktion: Dorothee Frank
Anschrift: Baunscheidtstraße 11, 53113 Bonn
Tel.: (0228) 3500883, Fax: (0228) 3500871.
E-Mail: peter.boßdorf@mittler-report.de
Der Info-Brief Heer erscheint fünfmal im Jahr.
Abonnementpreis für Nichtmitglieder beim
Förderkreis Heer e.V. 20,- € p.a.
Bestellungen bei: Mittler Report Verlag GmbH,
Baunscheidtstraße 11, 53113 Bonn.
Copyright Mittler Report Verlag GmbH.

Veranstaltungen 2016

- | | |
|---------------------------|---|
| 11. Mai | Parlamentarischer Abend, Berlin |
| 1. – 4. Juni | ILA , Berlin |
| 8. Juni* | Mitgliederversammlung 2016 , Berlin |
| 8. Juni* | Berlin-Empfang, Berlin |
| 13. – 17. Juni | EUROSATORY 2016, Paris |
| 7. Juli | 93. Info-Lunch, Berlin |
| 14./15. September* | Symposium „Forschung und Technologie“,
EMI, Freiburg |
| 21. September | Parlamentarischer Abend, Berlin |
| 3. – 5. Oktober* | AUSA Annual Meeting 2016, Washington USA |
| 20. Oktober | 94. Info-Lunch, Berlin |
| 17./18. November | Symposium „Kommunikation für Landstreitkräfte“,
Firma Rohde & Schwarz, München |
| 23. November | Parlamentarischer Abend, Berlin |
| 5. Dezember* | Kurzsymposium mit anschließ. Empfang, Hamburg |
| 15. Dezember | 95. Info-Lunch, ggf. 77. Präsidiumssitzung, Berlin |

Neuer Termin!

Anmerkungen: Info-Lunch-Veranstaltungen finden in der Regel am Donnerstag um 12.30 Uhr und Parlamentarische Abende am Mittwoch um 18.00 Uhr statt.

* = Einladungen an alle Mitglieder

(Aktueller Stand der Veranstaltungen unter www.fkhev.de)